

## **Zusätzliche Vertragsbedingungen für Liefer- u. Dienstleistungen**

Deutsches Rotes Kreuz e.V. – Generalsekretariat

### **1. Geltungsbereich**

- 1.1. Die Vertragsbedingungen des Auftraggebers berücksichtigen die allgemeinen Verhältnisse, die bei Vertragsabschlüssen infolge ständiger Vergabepraxis gegeben sind. Es handelt sich um Vertragsbedingungen im Sinne von § 1 Nr. 2 lit. d) Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B). Es gelten die nachfolgenden Bedingungen des Auftraggebers, sofern nichts Abweichendes schriftlich vereinbart oder in der Ausschreibung vorgegeben ist.
- 1.2. Durch Vereinbarung dieser Vertragsbedingungen ist die VOL/B Bestandteil des Vertrages. Die VOL/B ist im Bundesanzeiger Nr. 178a vom 23. September 2003 bekanntgegeben worden.
- 1.3. Die Vertragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Auftraggeber und dem Auftragnehmer über die Erbringung von Dienstleistungen und den Kauf oder die Herstellung von Waren. Sie gelten für andere Vertragsarten (z. B. Miete) entsprechend.
- c. das Angebot des Auftragnehmers einschließlich der darin bezeichneten Anlagen und Ausführungen, einschließlich der weiteren Erklärungen des Auftragnehmers nach Angebotsabgabe, z. B. im Zuge der Aufklärung,
- d. etwaige in den Vergabeunterlagen angegebene ergänzende Vertragsbedingungen,
- e. etwaige in den Vertragsunterlagen angegebene besondere Vertragsbedingungen,
- f. diese Zusätzlichen Vertragsbedingungen des DRK e. V.,
- g. die in den Vergabeunterlagen und nachrangig ergänzend im Angebot des Auftragnehmers angegebenen technischen Anforderungen, Vorschriften und Normen, insbesondere auch Normen für die Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderung und
- h. die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der zum Zeitpunkt der Auftragserteilung gültigen Fassung.

### **2. Vertragsbestandteile**

- 2.1. Für Aufträge des DRK e. V. gelten, soweit nichts anderes vereinbart ist, im Falle etwaiger Widersprüche nacheinander und in nachstehender Reihenfolge die folgenden Vertragsbestandteile:
  - a. Die Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes samt der darin bezeichneten Vergabeunterlagen, insbesondere der Leistungsbeschreibung einschließlich der Änderungen und Ergänzungen, z. B. im Rahmen von Beantwortungen von Bieteranfragen, die der Auftraggeber im Laufe des Verfahrens mitgeteilt hat,
  - b. das Auftragsschreiben sowie Festlegungen und Vereinbarungen im Zuge der Auftragserteilung,
  - c. das Angebot des Auftragnehmers einschließlich der darin bezeichneten Anlagen und Ausführungen, einschließlich der weiteren Erklärungen des Auftragnehmers nach Angebotsabgabe, z. B. im Zuge der Aufklärung,
  - d. etwaige in den Vergabeunterlagen angegebene ergänzende Vertragsbedingungen,
  - e. etwaige in den Vertragsunterlagen angegebene besondere Vertragsbedingungen,
  - f. diese Zusätzlichen Vertragsbedingungen des DRK e. V.,
  - g. die in den Vergabeunterlagen und nachrangig ergänzend im Angebot des Auftragnehmers angegebenen technischen Anforderungen, Vorschriften und Normen, insbesondere auch Normen für die Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderung und
  - h. die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der zum Zeitpunkt der Auftragserteilung gültigen Fassung.
- 2.2. Leistungsmerkmale genehmigter Musterstücke sind eine Konkretisierung der Leistungsbeschreibung und damit Bestandteil des Vertrages. Als Leistungsbeschreibung im vorgenannten Sinne gelten auch technische Richtlinien und technische Lieferbedingungen.
- 2.3. Die Allgemeinen Geschäfts- bzw. Vertragsbedingungen des Auftragnehmers ebenso wie entsprechende Preislisten u. ä. werden nicht Bestandteil des Vertrages, es sei denn, der Auftraggeber lässt diese unter konkreter Bezugnahme ausdrücklich zu.
- 2.4. Auf eine Abweichung des Angebotes des Auftragnehmers von den verbindlichen Vorgaben der Vergabeunterlagen kann sich der Auftragnehmer nicht berufen, wenn die Abweichung eine den Ausschluss des Angebotes begründende Änderung oder Ergänzung der Vergabeunterlagen darstellt.

- 2.5. Die Bestimmungen der Nr. 2.4. dieser Vertragsbedingungen gelten nicht, soweit die Abweichung dem Auftraggeber bei Auftragserteilung bekannt war.
- 2.6. Die Kündigung nach § 133 Abs. 1 Nr. 1 GWB bleibt unberührt.

### **3. Vertragsschluss, Form und Nebenabreden**

- 3.1. Der Vertrag kommt mit Zuschlag zustande.
- 3.2. Vereinbarungen, die den Vertrag betreffen, bedürfen der Schriftform. Den Vertrag betreffende mündliche Abreden, Abweichungen, Änderungen oder Ergänzungen sowie diesbezüglich in Textform abgegebene Erklärungen bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der schriftlichen Bestätigung durch den Auftraggeber. Liegt eine solche schriftliche Bestätigung nicht vor, trägt im Zweifel die Beweislast, wer sich auf die mündliche Abrede, Abweichung, Änderung, Ergänzung oder Erklärung beruft. Zu beweisen ist in diesem Falle der Inhalt der Abrede und die Behauptung, dass keine schriftliche Bestätigung darüber erfolgen sollte.

### **4. Vertragslaufzeit und Ausführungsfristen**

Soweit nichts anderes vereinbart, gelten für die Vertragslaufzeit und Ausführung die gemäß Aufforderung festgelegten Fristen.

### **5. Rahmenverträge**

- 5.1. Bei Rahmenverträgen werden Art und Umfang der Leistungen sowie die Ausführungsfrist durch Einzelabrufe näher bestimmt. Die Einzelabrufe werden dem Auftragnehmer grundsätzlich schriftlich mitgeteilt. Für unaufschiebbare Arbeiten können Einzelabrufe mündlich oder fernmündlich beauftragt werden. Sie müssen jedoch nachträglich schriftlich durch den Auftraggeber bestätigt werden.
- 5.2. Anordnungen dürfen nur von dem Beauftragten des Auftraggebers oder dessen Vertreter getroffen werden, der den jeweiligen Einzelabruf veranlasst hat. Anordnungen Dritter dürfen nicht befolgt werden.

### **6. Ausführung der Leistung**

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei der Ausführung der Leistung mindestens diejenigen Mittel, Fähigkeiten und Ressourcen (Eignungsmerkmale) einzusetzen, für die er im Zuge des Vergabeverfahrens (z. B. im Teilnahmeantrag oder im Angebot) vor Auftragserteilung angegeben hat, dass er sich ihrer zur Ausführung der Leistung bedienen will oder sie ihm zur Ausführung der Leistung zur Verfügung stehen. Das betrifft insbesondere die vom Auftragnehmer angegebenen Merkmale der beruflichen und technischen Leistungsfähigkeit.

### **7. Leistungsänderungen**

Für Leistungsänderungen im Sinne des § 2 VOL/B sind die Mehr- und Minderkosten durch den Auftragnehmer auszuweisen. Unter Berücksichtigung der Mehr- und Minderkosten sind vor Beginn der Ausführung neue Preise schriftlich zu vereinbaren. Soweit die Leistungsänderung Auswirkungen auf die Ausführungen hat, sind unverzüglich neue Ausführungsfristen schriftlich zu vereinbaren. § 2 VOL/B bleibt im Übrigen unberührt.

### **8. Güteprüfung**

- 8.1. Der Auftraggeber ist im Rahmen der Güteprüfung berechtigt, sich beim Auftragnehmer vor Ort über die vertragsgemäße Ausführung der Leistungen, auch während der laufenden Dienstleistung (Produktion), zu informieren, in die Ausführungsunterlagen Einsicht zu nehmen und alle sonstigen erforderlichen Auskünfte zu verlangen.
- 8.2. Der Auftraggeber ist berechtigt, Untersuchungen zwecks Prüfung der Einhaltung der vertraglich vereinbarten technischen Anforderungen durch öffentlich anerkannte Fachinstitute oder Sachverständige vornehmen zu lassen, wenn diese Untersuchungen nicht durch Prüfer des Auftraggebers mit eigenen Mitteln oder mit Mitteln des Auftragnehmers zweifelsfrei durchgeführt werden können.

Die Kosten derartiger Untersuchungen gehen zu Lasten des Auftraggebers.

- 8.3. Für die vom Auftragnehmer kostenlos für die Güteprüfung zur Verfügung zu stellenden Prüfeinrichtungen ist – falls eine amtliche Eichbescheinigung nicht vorliegt – die Messgenauigkeit der Prüfmittel auf Verlangen des Prüfers nachzuweisen.
- 8.4. Weitere Regelungen zur Güteprüfung ergeben sich aus § 12 VOL/B.

## **9. Erfüllungsort und Zahlungsort**

- 9.1. Der Erfüllungsort ist der Ort, an dem der Leistungserfolg gemäß Leistungsbeschreibung einzutreten hat. Fehlt eine derartige vertragliche Festlegung, ist der Erfüllungsort der Sitz des Auftraggebers.
- 9.2. Der Zahlungsort ist der Sitz der Bank, die für den Auftraggeber zuständig ist.

## **10. Gefahrübergang**

- 10.1. Soweit nichts anderes vereinbart ist, hat der Auftragnehmer die Leistung als Bringschuld zu erbringen. Die Gefahr des zufälligen Untergangs oder der zufälligen Verschlechterung geht in diesem Falle mit Ablieferung der Ware am vereinbarten Lieferort oder mit Abnahme des Werkes auf den Auftraggeber über.
- 10.2. Fehlt eine vertragliche Festlegung des Lieferortes, ist die Ware am Sitz des Auftraggebers abzuliefern.

## **11. Verpackung, Transport und Transportkosten**

- 11.1. Der Auftragnehmer hat zum sicheren Transport geeignete Packmittel unter Berücksichtigung der speziellen Anforderungen nach Art, Gewicht und Volumen der vertraglichen Leistungen sowie des eingesetzten Transportmittels zu verwenden. Es sind vorzugsweise Mehrwegverpackungen zu verwenden.
- 11.2. Das Verpackungsmaterial ist vom Auftragnehmer kostenfrei zurückzunehmen, sofern nicht schriftlich eine andere Vereinbarung getroffen wurde. Der Zeitpunkt der Rückgabe ist dabei schriftlich festzulegen. Bei Elektro- und Elektronikgeräten stellt der Auftragnehmer

die Einhaltung der Bestimmungen des Gesetzes über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltgerechte Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten (ElektroG) sicher.

- 11.3. Soweit Abkürzungen der Internationalen Handelsklauseln, sog. „InCoTerms“ Verwendung finden, gilt die zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses gültige Fassung.
- 11.4. Die Kosten für Packmittel, Transportmittel und Transport trägt grundsätzlich der Auftragnehmer. Dies gilt auch für Nebenkosten, wie z. B. Versicherungsgebühren, Anschlussgebühren, Rollgelder, Standgelder oder Gebühren für eine Transportkostenbescheinigung.
- 11.5. Soweit der Auftraggeber die Transportkosten übernimmt, hat der Auftragnehmer die anfallenden Kosten bis zum Eingang beim Auftraggeber kostenfrei vorzuveranschlagen. Die Auswahl des Transportmittels und der Art des Transports nimmt der Auftragnehmer nach Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten vor. Im Übrigen gilt § 6 VOL/B.

## **12. Lieferschein**

Jeder Lieferung bzw. Teillieferung ist ein Lieferschein beizufügen, aus dem auch die Fabrik- bzw. Artikelnummern der gelieferten Gegenstände ersichtlich sein müssen. Auf dem Lieferschein sind in jedem Falle das im Auftragsschreiben angegebene Geschäftszeichen, die Warenbezeichnung, der Liefertag sowie ggf. die Auftragsnummer, die aus dem Auftragsschreiben entnommen werden können, anzugeben. Sofern der Auftragnehmer das Geschäftszeichen und ggf. die Auftragsnummer im Lieferschein nicht angibt, behält sich der Auftraggeber das Recht vor, die Lieferung nicht anzunehmen. Die hieraus entstandenen Kosten gehen zu Lasten des Auftragnehmers.

## **13. Abnahme**

- 13.1. Ist die Lieferung oder Leistung in vertragsgemäßem Zustande erbracht, oder wurden etwaig festgestellte Mängel

beseitigt, wird die Lieferung oder Leistung durch den Auftraggeber abgenommen.

- 13.2. Liegt ein wesentlicher Sach- oder Rechtsmangel vor oder fehlt es an vertraglich zugesicherten Eigenschaften der zu erbringenden Leistungen, kann der Auftraggeber oder der von ihm Beauftragte die Abnahme der erbrachten Leistungen verweigern, sofern nicht der Auftragnehmer seine Pflicht zur Beseitigung des Mangels nicht ausdrücklich anerkennt. Dies gilt auch für die Abnahme von Teilleistungen pro festgelegten Zeitpunkt.
- 13.3. Eine Güteprüfung ersetzt nicht die Abnahme.

#### **14. Nutzungsrechte**

- 14.1. Soweit im Vertrag nichts anderes vereinbart ist, überträgt der Auftragnehmer dem Auftraggeber unter Verzicht auf das Urheberbenennungsrecht alle übertragbaren Rechte an den Arbeitsergebnissen.
- 14.2. Arbeitsergebnisse nach Nummer 14.1. sind alle Leistungen, die in Erfüllung des Vertrages entstehen oder beschafft werden, insbesondere Studien, Entwürfe, Dokumentationen, Artikel, Informationen, Unterlagen, Abbildungen, Zeichnungen, Pläne, Berechnungen, Materialien, Fotos, Diapositiven, Bilddateien und sonstige bildliche und schriftlichen Darstellungen.
- 14.3. Zu den Arbeitsergebnissen zählen auch Rechnerprogramme, die der Auftragnehmer in Erfüllung des Vertrages erstellt, anpasst, beschafft oder bereitstellt. Das dem Auftraggeber übertragene Nutzungsrecht beinhaltet insbesondere das Recht zum Laden, Anzeigen, Verwenden, Übertragen, Speichern, Anpassen, Übersetzen, Bearbeiten und Vervielfältigen der Programme in unbegrenzter Anzahl. Der Auftragnehmer übergibt dem Auftraggeber zum Zwecke der Bearbeitung den jeweiligen Quellenschlüssel und die Programmdokumentation, die der Auftraggeber auch Dritten in Form von Ablichtungen übergeben darf.

#### **15. Preise, Preisnachlässe und Skonti**

- 15.1. Alle Preise sind in Euro mit zwei Nachkommastellen anzugeben. Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind, soweit nichts anderes vereinbart ist, ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Ende des Angebotes hinzuzufügen. Sofern nicht anders vereinbart, sind alle Angebotspreise Festpreise für die Laufzeit des Vertrages.
- 15.2. Mit dem Preis sind sämtliche Nebenkosten, soweit nicht anders vereinbart, mit dem Angebot abgegolten. Nebenleistungen sind:
- a. Leistungen zu denen der Auftragnehmer nach dem Vertrage verpflichtet ist (z. B. Erstellung von Anleitungen oder Dokumentationen, Transport samt Verpackung, Versicherung und Anlieferung am Erfüllungsort oder die Aufstellung oder Installation/Montage vor Ort);
  - b. Leistungen, die zu einer vollständigen und mangelfreien Leistungserbringung durch den Auftragnehmer zwingend erforderlich sind oder sich aus der Beschreibung der Leistung zwangsläufig ergeben, auch wenn sie in der Leistungsbeschreibung (Leistungsverzeichnis) nicht eigens aufgeführt sind;
  - c. soweit nichts anderes ausdrücklich vereinbart ist, sind etwaige Patent- oder Lizenzgebühren oder -vergütungen für die Nutzung der Leistung durch den Auftraggeber abgegolten.
- 15.3. Ist im Angebot des Auftragnehmers eine Einzelleistung mit 0,00 Euro (oder einer gleichwertigen Preisangabe z. B. „entfällt“) bepreist, so hat der Auftragnehmer diese Einzelleistung ohne Vergütung zu erbringen.
- 15.4. Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die
- a. ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnung gewährt werden und
  - b. bei den im Angebotsschreiben bezeichneten Stellen angegeben sind.
- 15.5. Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Falle der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

15.6. Sofern Skonti vertraglich vereinbart oder durch den Auftragnehmer auf der Rechnung angeboten worden sind, beginnt die Skontofrist mit Zugang der Rechnung und mit der ordnungsgemäßen Vertragserfüllung durch den Auftragnehmer. Macht der Auftraggeber berechtigt Einwendungen oder Einreden geltend, so wird die Skontofrist für diesen Zeitraum gehemmt. Soweit nichts anderes vereinbart worden ist, beträgt die Skontofrist 10 Tage.

## **16. Einreichung und Zahlung der Rechnung**

16.1. Der Auftragnehmer hat gesonderte Rechnungen in einfacher Ausfertigung an den in der Aufforderung benannten Auftraggeber zu richten. Um eine zeitnahe Bearbeitung der Rechnungen zu gewährleisten, sind die Rechnungen vorrangig an das elektronische Postfach „Rechnungsstelle@drk.de“ zu senden.

16.2. Jede Rechnung hat mindestens die Angaben gemäß § 14 Abs. 4 UstG zu enthalten. Darüber hinaus hat jede Rechnung mindestens die Bestellnummer und die Vergabe- bzw. Beschaffungsnummer oder (im Falle eines Abrufs aus einem Rahmenvertrag) die Rahmenvertragsnummer auszuweisen.

16.3. Sind Teilleistungen in einem Auftrag vereinbart, darf für jede Teilleistung eine gesonderte Rechnung eingereicht werden. Sind Abschlagszahlungen vereinbart, so können diese nach Maßgabe der Beschaffungsunterlagen in Rechnung gestellt werden.

16.4. Die Begleichung der Rechnung erfolgt gemäß den vertraglichen Vereinbarungen spätestens 30 Tage nach Fälligkeit und Zugang der nachprüfaren Rechnung mit einem vom Auftraggeber quittierten Leistungsnachweis (Lieferschein) bezogen auf den Abrechnungszeitraum (Abrechnungszeitpunkt). Die Fälligkeit tritt, sofern nicht anders vereinbart, erst nach vertragsgemäßer Leistungserbringung ein.

16.5. Bei Bietergemeinschaften werden Zahlungen mit befreiender Wirkung für den Auftraggeber an den für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigten Vertreter der Bietergemeinschaft geleistet.

16.6. Als Tag der Zahlung gilt der Tag der Gutschrift auf dem angegebenen Konto der Bank des Auftragnehmers.

16.7. Rechnungen, die ohne die vertraglich festgelegten Unterlagen eingehen, werden von dem Auftraggeber unbearbeitet zurückgesandt und nicht bezahlt.

16.8. Diese Zahlungsbedingungen gelten auch für Abschlags- bzw. Teilzahlungen.

16.9. Bei Rückforderung des Auftraggebers aus Überzahlung kann sich der Auftragnehmer nicht auf den Wegfall der Bereicherung berufen. Im Falle der Überzahlung hat der Auftragnehmer den überzahlten Betrag zu erstatten. Im Übrigen gilt § 17 VOL/B.

## **17. Abtretung**

Die Abtretung von Forderungen durch den Auftragnehmer bedarf der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers.

## **18. Unterauftragnehmer**

18.1. Unter dem Begriff des Unterauftragnehmers fallen alle Unternehmen, die an der Herstellung oder Gewinnung der vertragsgegenständlichen Ware beteiligt sind.

18.2. Die Weitergabe von Teilen der Leistung an andere Unternehmen („Unterauftragnehmer“) ist, sofern keine abweichenden Bedingungen getroffen wurden, zulässig.

18.3. Der Auftragnehmer darf Leistungen nur an solche Unterauftragnehmer übertragen, die fachkundig und leistungsfähig (geeignet) sind.

18.4. Die nachträgliche Übertragung von Leistungen an Unterauftragnehmer ist nur nach vorheriger Zustimmung durch den Auftraggeber statthaft.

## **19. Informationspflichten des Auftragnehmers**

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dem Auftraggeber jegliche Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit unverzüglich mitzuteilen, insbesondere wenn der Auftragnehmer beabsichtigt, einen Insolvenzantrag zu stellen.

## **20. Pflichtverletzung des Auftragnehmers**

Bei Pflichtverletzungen des Auftragnehmers finden die gesetzlichen Bestimmungen nach Maßgabe der §§ 7 und 14 VOL/B Anwendung.

## **21. Verletzung Schutzrechte Dritter**

- 21.1. Der Auftragnehmer steht dafür ein, dass durch seine Leistungserbringung oder im Zusammenhang mit seiner Leistungserbringung keine Schutzrechte Dritter verletzt werden.
- 21.2. Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber auf erstes Anfordern von allen Ansprüchen Dritter aus etwaigen Verletzungen der Schutzrechte frei, soweit er die Verletzung zu vertreten hat. Dies gilt ebenfalls, wenn nicht der Auftraggeber, sondern seine Vertreter oder Erfüllungsgehilfen in Anspruch genommen werden. Die Freistellung umfasst auch den Ersatz etwaiger Kosten der Wahrnehmung der Rechte, die dem Auftraggeber, seinen Vertretern oder Erfüllungsgehilfen entstehen.

## **22. Beendigung des Vertragsverhältnisses aus wichtigem Grunde**

- 22.1. Der Auftraggeber kann vom Vertrag zurücktreten oder mit sofortiger Wirkung kündigen, wenn
- a. zwingende Ausschlussgründe im Sinne des § 123 GWB zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung vorlagen, der Auftraggeber jedoch erst nach Vertragsschluss davon Kenntnis erlangt hat. Dies gilt nicht für die Straftatbestände des § 123 GWB, wenn fünf Jahre ab dem Tage der rechtskräftigen Verurteilung des Auftragnehmers vergangen sind (§ 126 Nr. 1 GWB).
  - b. sich der Auftragnehmer oder der Unterauftragnehmer im Zuge der Begründung oder Durchführung des Schuldverhältnisses an nachweislich unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) beteiligt hat. Dies umfasst insbesondere die Vereinbarungen mit Dritten über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über zu fordernde Preise, über die Entrichtung von Ausfallentschädigungen

(Gewinnbeteiligungen oder sonstige Abgaben) sowie über die Festlegung der Empfehlung von Preisen.

- c. der Auftragnehmer oder von ihm beauftragte Dritte Handlungen im Sinne der §§ 333, 334 StGB begehen.
  - d. der Auftragnehmer seine Pflicht zur Verschwiegenheit oder eine ihm auferlegte Verpflichtung zur Geheimhaltung von Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit dem erteilten Auftrage bekannt geworden sind, verletzt.
- 22.2. Der Auftraggeber kann den Vertrag ganz oder teilweise kündigen, wenn der Auftragnehmer seine Pflichten gemäß Nummer 21 dieser Vertragsbedingungen schuldhaft verletzt.
- 22.3. Der Auftraggeber kann den Vertrag ganz oder teilweise kündigen, wenn der Auftragnehmer seiner Pflicht gemäß Nummer 24 dieser Vertragsbedingungen nicht nachkommt oder dem Auftraggeber ein weiteres Festhalten am Verträge nicht zumutbar ist, weil der Auftragnehmer Datenschutzvorschriften vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt hat.
- 22.4. Der Auftraggeber kann den Vertrag während der Vertragslaufzeit kündigen, wenn eine wesentliche Änderung vorgenommen wurde, die ein neues Vergabeverfahren erfordert hätte.
- 22.5. Der Auftraggeber kann den Vertrag während der Vertragslaufzeit kündigen, wenn der Auftrag aufgrund einer schweren Verletzung der Verpflichtungen aus dem Verträge über die Arbeitsweise der Europäischen Union oder aus den Vorschriften des Vierten Teils des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (GWB), die der Europäische Gerichtshof in einem Verfahren nach Art. 258 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union festgestellt hat, nicht an den Auftragnehmer hätte vergeben werden dürfen.

## **23. Wirkung der Vertragsbeendigung aus wichtigem Grunde**

- 23.1. Im Falle der Kündigung ist die bisherige Leistung, soweit der Auftraggeber für sie Verwendung hat, nach den Vertragspreisen oder nach dem Verhältnis

des geleisteten Teils zu der gesamten vertraglichen Leistung auf der Grundlage der Vertragspreise abzurechnen. Die nicht verwendbare Leistung wird dem Auftragnehmer auf dessen Kosten zurückgewährt.

- 23.2. Der § 7 VOL/B sowie die sonstigen gesetzlichen Rechte und Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

## **24. Verwendung und Speicherung von Daten und Datenschutz**

- 24.1. Werden personenbezogene Daten im Auftrag durch den Auftragnehmer erhoben, verarbeitet oder genutzt, muss der Auftragnehmer auf Verlangen des Auftraggebers eine Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung abschließen, die den gesetzlichen Bestimmungen zum Datenschutz entspricht.
- 24.2. Der Auftragnehmer steht dafür ein, dass alle Personen, die von ihm mit der Bearbeitung oder Erfüllung des Vertrages betraut sind, die gesetzlichen Bestimmungen über den Datenschutz beachten. Die nach Datenschutz erforderliche Verpflichtung auf das Datengeheimnis ist spätestens vor der erstmaligen Aufnahme der Tätigkeit vorzunehmen und dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

## **25. Illegale Beschäftigung**

- 25.1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dass er oder seine Unterauftragnehmer bei der Leistungserbringung die Bestimmungen des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung (SchwarzArbG) beachtet und einhält und zur Eindämmung dieser illegalen Aktivitäten auch mit dem Auftraggeber zusammenarbeiten wird. Insbesondere ist der Auftragnehmer ist der Auftraggeber zu informieren, wenn sich Hinweise ergeben, dass an der Leistungserbringung Beteiligte sozialversicherungsrechtliche Melde-, Beitrags- oder Aufzeichnungspflichten nicht eingehalten werden.
- 25.2. Kommt es auf Grund eines Verstoßes durch den Auftragnehmer oder seiner Unterauftragnehmer gegen diese

Verpflichtungen zu Schäden im Bereich des Auftraggebers, so haftet der Auftragnehmer für den daraus entstandenen Schaden. Dies gilt nicht, wenn der Verstoß dem Auftraggeber zumindest teilweise zuzurechnen ist.

## **26. Wettbewerbsbeschränkungen**

Wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er 15% der Nettogesamtauftragssumme an den Auftraggeber zu zahlen, sofern der Auftragnehmer nicht einen geringeren Schaden nachweist. Ist der tatsächliche Schaden höher, ist dieser zu ersetzen. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird/wurde oder bereits erfüllt ist. Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers, insbesondere aus § 8 Nr. 2 VOL/B, bleiben unberührt.

## **27. Vertraulichkeit**

- 27.1. Die Vertragsparteien verpflichten sich, den Inhalt des Vertrages sowie alle weiteren nicht offenkundigen Informationen, die ihnen durch die Geschäftsbeziehung bekannt werden, insbesondere gegenüber Presse, Fernsehen oder Rundfunk, vertraulich zu behandeln. Dies gilt für alle Informationen über den Auftrag, insbesondere über dessen Umfang oder Terminen, ferner über Tatsachen, die ihnen in Bezug auf die genannte Leistungserbringung bekannt werden. Eine Weitergabe an Dritte ist nur zulässig, wenn und soweit es für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen erforderlich ist.
- 27.2. Die Pflicht zur Vertraulichkeit besteht auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses, es sei denn, es handelt sich um Informationen, die allgemein bekannt sind. Hiervon unberührt bleibt die Offenlegungspflicht des Auftraggebers im Rahmen von internen Prüfungen.
- 27.3. Der Auftragnehmer darf nur dann über die Leistungserbringung in den Medien berichten oder Stellungnahmen zum Vorhaben abgeben, wenn dies vor der

Veröffentlichung entsprechend der inhaltlichen Abstimmung mit dem Auftraggeber durch diesen gestattet wurden.

- 27.4. Zum Stillschweigen hat der Auftragnehmer auch alle Beschäftigten und Erfüllungsgehilfen einschließlich der von ihm einbezogenen Unterauftragnehmer zu verpflichten.
- 27.5. Gewerbliche Werbung im Zusammenhang mit der Leistungserbringung ist nur mit vorheriger Zustimmung des Auftraggebers erlaubt.
- 27.6. Die Verpflichtung zur Verschwiegenheit besteht nicht, wenn und soweit diese durch gesetzliche Vorgaben und behördliche Anordnungen aufgehoben wurde.

## **28. Antikorruptionsklausel**

Den Beschäftigten des Auftraggebers ist es untersagt, Belohnungen, Geschenke oder sonstige Vorteile, auf die kein gesetzlicher Anspruch besteht, anzunehmen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, Beschäftigten des Auftraggebers keine derartigen Belohnungen, Geschenke oder sonstigen Vorteile anzubieten und/oder an diese zu erbringen. Bei schweren Verstößen gegen die Klausel steht dem Auftraggeber das Recht der fristlosen Kündigung zu. Der Auftraggeber weist zudem darauf hin, dass schwere Verfehlungen dazu führen können, dass der Auftragnehmer von der Teilnahme am Wettbewerb bei der Vergabe künftiger Leistungen ausgeschlossen werden kann.

## **29. Umweltschutz**

Der Auftragnehmer hat bei der Auftragserfüllung den Anforderungen des Umweltschutzes angemessen Rechnung zu tragen. Insbesondere hat sich der Auftragnehmer zu bemühen, wo möglich und zumutbar, umweltfreundliche Materialien zu verwenden, sofern nichts anderes in den Vergabeunterlagen gefordert wurde.

## **30. Anwendbares Recht, Vertragssprache und Gerichtsstand**

- 30.1. Anwendung findet deutsches Recht. Die Bestimmungen des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf vom 11. April 1980 (BGBl. 1989 II S. 588), sog. „Wiener Kaufrecht“ oder „VN-Kaufrecht“, finden keine Anwendung.
- 30.2. Die Vertragssprache ist Deutsch. Die schriftliche und mündliche Kommunikation zwischen den Vertragsparteien sowie sämtliche Dokumentationen erfolgen ausschließlich in deutscher Sprache. Alle Verträge, Abrechnungen, Korrespondenzen oder sonstige schriftlichen oder in Textform gegebenen Informationen sind in deutscher Sprache abzufassen. Sollte der Auftragnehmer hierzu nicht in der Lage sein, hat der Auftragnehmer auf seine Kosten einen amtlich vereidigten Übersetzer hinzuzuziehen.
- 30.3. Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit diesem Verträge ist Berlin.